

Danziger Dampfboot.

No. 232.

Montag, den 5. October.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Abonnementspreis hier in der Expedition Vortischengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1863.

34ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außer halb an:
In Berlin: Neumeyer's Centr.-Ztg.- u. Annonc.-Bür.
In Leipzig: Illgen & Fort.
In Breslau: Louis Stangen's Annoncen-Büreau.
In Hamburg-Altona, Frankf. a. M. Haasenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Breslau, Sonnabend 3. October.

Bei der heutigen Einführung des Oberbürgermeisters Hobrecht durch den Oberpräsidenten sagte Letzterer: Die Nothwendigkeit, den trefflichen Oberbürgermeister Elwanger scheidend zu sehen, habe ihn und viele Bürger schmerzlich berührt. Als die Würfel gefallen waren, habe er Zweifel empfunden, ob er als Chef der Provinz der Einführung des neuen Bürgermeisters selbst beiwohnen oder diesen Auftrag einem Commissarius übertragen solle. Er sei selbst gekommen, um Herrn Hobrecht einen Beweis seines Vertrauens zu geben. Er rathe demselben nicht mit dem Strome zu schwimmen. — In der Erwiderungsrede hob Hobrecht seine unverbrüchliche Treue zum Könige, aber ebenso männliches Festhalten und gewissenhafte Beobachtung der Verfassung hervor.

Breslau, Sonnabend 3. October.

Die „Schlesische Zeitung“ hat in Folge eines Inzerats eines Wahlaufrufs aus dem Neisse-Grottkauer Kreise, ferner wegen Abdruck eines Circulars des Gutsbesitzers Reitenbach in Plöcken und in Berücksichtigung ihrer Befamthaltung heute eine zweite Verwarnung erhalten.

Frankfurt a. M., 2. October.

Der gesetzgebende Körper hat heute mit 71 gegen 6 Stimmen beschlossen, den Senat zu ersuchen, die Bescheidung der sonderbündlerischen Zollkonferenz in München zu unterlassen.

Kopenhagen, Sonntag 4. October.

Gutem Vernehmen nach besagt das Dänisch-Schwedische Abkommen, daß Schweden gegen jeden die Eider überschreitenden Feind Hülfstruppen zu stellen hat, ohne seine Hülf von Bedingungen bezüglich der nächsten Veranlassung einer derartigen Invasion abhängig zu machen.

Wien, Sonnabend 3. October.

Die „Generalcorrespondenz aus Oesterreich“ sagt in Betreff der Bundesexemption gegen Dänemark: Die Aeußerungen, die Einschüchterungsversuche und die Drohungen, woher sie auch immer kommen, werden nicht verhindern, daß nach Maßgabe und innerhalb der Grenzen des Bundesrechtes die über ein Bundesbescheid rechtskräftig verhängte Maßregel zur Ausführung gelange. An diesem vollen Ernste der Sachlage zu zweifeln sei kein Grund; aber den deutschen Bund kann dafür, daß dem Rechte sein Lauf gelassen wird, eben so wenig eine Verantwortlichkeit treffen, als für etwaige Folgen des äußersten Schrittes, den zu thun er genöthigt ist.

Triest, Sonnabend 3. October, Nachmitt.

Erzherzog Maximilian hat heute die mexicanische Deputation empfangen und derselben auf ihre Ansprache entgegnet: Innig rühre mich die von der Notablenversammlung ausgesprochenen Wünsche. Es kann unserem Hause nur schmeichelhaft sein, daß sich die Blicke Ihrer Landsteute dem Geschlechte Karls V. zuwandten. Ist auch die Aufgabe, Mexicos Unabhängigkeit und sein Wohl unter dem Schutze dauerhafter freier Einrichtungen zu sichern, eine überaus edle, so muß ich doch in vollem Einverständnis mit dem Kaiser der Franzosen, dessen ruhmreiche Initiative die Regeneration Mexicos möglich macht, erkennen, daß die Monarchie nicht auf legitimen Grundlagen wiederhergestellt werden kann, ohne daß die ganze Nation in freier Kundgebung ihres Willens den Wunsch der Hauptstadt bestätigt hätte. Vom Ergebnisse der Abstimmung der Ge-

sammtheit des Landes muß ich daher vorerst die Annahme des angebotenen Thrones abhängig machen. Andererseits gebietet mir auch das Verständniß der geheiligten Pflichten eines Herrschers, für das wieder-aufzurichtende Kaiserreich jene Garantien zu fordern, welche unerläßlich sind, um es vor den seine Integrität und Selbstständigkeit bedrohenden Gefahren zu sichern. Sind Bürgschaften einer festbegründeten Zukunft erlangt, und wendet sich mir die allgemeine Wahl des edlen mexicanischen Volkes zu, so wäre ich bereit, gestützt auf die Zustimmung meines Erlauchten Familienhauptes und vertrauend auf den Schutz des Allmächtigen, die Krone anzunehmen. Für den Fall, daß die Vorsehung mich zu der hohen civilisatorischen Mission, die mit dieser Krone verbunden wäre, beruft, muß ich Ihnen, meine Herren, schon jetzt meinen festen Entschluß erklären, durch eine constitutionelle Regierung dem Lande die Bahnen eines auf Ordnung und Gessittung basirten Fortschrittes zu eröffnen, und, sobald das weite Reich vollständig pacifizirt wäre, den Fundamentalpact mit der Nation durch meinen Eid zu besiegeln. Nur auf diesem Wege könnte eine neue, wahrhaft nationale Politik in's Leben gerufen werden, in welcher alle Parteien, des alten Grolles vergessend, mithelfen würden, Mexiko zu jenem hervorragenden Range zu erheben, der ihm unter einer Regierung bestimmt scheint, welcher als oberster Grundsatz gilt, Billigkeit im Rechte walten zu lassen. Wollen Sie diese meine freimüthig dargelegten Entschlüsse Ihren Mitbürgern überbringen und darauf hinwirken, daß es der Nation möglich sein werde sich darüber auszusprechen, welche Regierung sie im Lande eingesetzt wissen will.

Paris, Freitag 2. October.

Der „Constitutionnel“ bringt einen Artikel von Paul Limayrac zur Erörterung der Frage, weshalb Frankreich die Verträge von 1815 zur Basis der Unterhandlungen bezüglich Polens nehme. England betrachte dieselben als nichtsbedeutend, Rußland ebenfalls, in so fern sie zu Gunsten Polens sprechen. Ursprünglich eine Garantie der Freiheiten Polens, würden diese Verträge nur zu einer Garantie der russischen Herrschaft in Polen werden, eine Ungerechtheit, zu der Europa nicht die Hand bieten könne.

Paris, Sonntag 4. October.

Das „Pays“ ist zu der Erklärung ermächtigt, daß zwischen Paris, London und Wien keine neue Unterhandlung eröffnet worden, und daß die Nachricht der Presse, Frankreich und Oesterreich wollten die Verträge von 1815 für gänzlich aufgehoben erklären, erfunden ist.

Wortlaut der Depesche des Herrn Hall in der Schleswig-Holsteinischen Frage.

„Herr zc. beifolgende Erklärung, die der Gesandte des Königs in der Bundesversammlung in Frankfurt als Antwort-Notifikation des Bundesbeschlusses vom 9. Juli abgegeben hat, ist lange so allgemein von allen den Regierungen, die der deutsch-dänischen Sache gefolgt sind, vorausgesehen worden, daß sie Niemand wird überraschen können; und der Inhalt der Erklärung ist mit so großer Nothwendigkeit aus der Stellung der Sache selbst hervorgegangen, daß ich nicht nöthig habe, irgend etwas hinzuzufügen, um sie zu motiviren.“

Eine Krisis scheint nahe bevorstehend zu sein, aber die Regierung des Königs fürchtet sie nicht.

Denn auf der einen Seite haben wir das Bewußtsein, Alles gethan zu haben, was in unserer Macht stand, um sie zu entfernen; und auf der andern Seite ist es augenscheinlich, daß die langwierigen Verhandlungen und die zahlreichen Phasen, welche die Frage durchgemacht hat, uns zum Mindesten den Vortheil gebracht haben, daß der wirkliche Inhalt endlich nach und nach aus den Nebeln hervorgetreten ist, die Europa daran gehindert haben, zu sehen, was eigentlich Deutschlands Ziel ist.

Zwei wesentliche Punkte haben wir sonach gewonnen und dieselben können nicht anderes, als einen entscheidenden Einfluß auf die Haltung der europäischen Mächte ausüben.

Die Selbstständigkeit, welche Deutschland für Holstein mit einer Heftigkeit gefordert hatte, welche in umgekehrtem Verhältnisse zu der Geseßlichkeit der Forderung stand, ist von der Regierung des Königs eingeräumt worden. Nach unserer Auslegung der Bekanntmachung vom 30. März und, wie man halb zu sehen bekommen wird, nach unserer Weise sie auszuführen, wird Holstein von jetzt ab dazu gelangen, die ganze Freiheit zu genießen, die der Bund wünschen kann. Aber die Regierung ist auf dem Wege der Versöhnung noch weiter gegangen. Sie hat sich bereit erklärt, sich mit dem Bundestage auf Verhandlungen einzulassen, wenn diese Versammlung nach einer etwas genaueren Untersuchung der Bekanntmachung als die, welche sie derselben bisher hat zu Theil werden lassen, zu dem Resultate kommen sollte, daß noch einige Punkte zurückstehen sollten, in denen die Bekanntmachung nicht hinreichend die holsteinischen Interessen wahrgenommen hat.

Unter diesen Umständen sieht man leicht ein, daß jede Besetzung von Holstein, zu welcher der Bund sollte schreiten wollen, selbst jedes Vorwandes entbehren würde, um noch als bundesmäßige Handlung betrachtet werden zu können. Ihr Gegenstand würde sein, nicht Holstein eine selbstständige und unabhängige Stellung zu schaffen, sondern den König zu zwingen, Forderungen einer ganz anderen Art mit Rücksicht auf Theile der Monarchie zu bewilligen, die, wie man auch sonst über die Kompetenz des Bundes mit Hinsicht auf das Bundesgebiet urtheilen mag, außerhalb seines geseßlichen Umkreises liegen. Wenn die Armeen Deutschlands über die Eider gingen, würde Jeder den internationalen Charakter eines solchen Schritts anerkennen. Aber kann man einen einzigen Augenblick daran zweifeln, daß der Bund einen durchaus gleichen Mißbrauch der Macht begeht, wenn er sich in Besitz von Holstein setzt mit der notorischen Absicht, auf die Einnahmen dieses Landes Beschlag zu legen und sonach die übrigen Theile der Monarchie zu zwingen, allein die Last der Staatsschuld und die anderen Ausgaben zu tragen, von denen ein Theil mit Recht Holstein obliegt? „Diese neuen Lasten, zu denen die bedeutenden Ausgaben kommen, welche durch die Furcht nothwendig gemacht werden, daß die deutschen Truppen von einem Tag auf den andern einen Einfall in Schleswig und Jütland machen dürften, würden bald Dänemark erdrücken, und uns schließlich zwingen, uns zu unterwerfen.“ Allen Sophismen der Welt wird es nicht gelingen, den wahren Charakter einer sogenannten Exekution zu verbergen, die unter solchen Umständen und in einer solchen Absicht geschieht; und der einfachste Menschenverstand wird begreifen, daß wir uns niemals ruhig in die Stellung finden können, die man uns bereiten will, und die schlimmer als Krieg sein würde.

Unser Beschluß war deswegen lange gefaßt, und ich habe allen Grund zu glauben, daß wir nicht auf unsere eigenen Hülfsmittel beschränkt sein werden in einem Kampf, in welchem es nicht bloß das Schicksal Dänemarks, sondern auch die heiligsten Interessen des ganzen Nordens gilt.

Sie werden bemerken, Herr —, daß unsere in Frankfurt abgegebene Erklärung eine Aeußerung enthielt, auf welche wir zwar keine große Hoffnungen setzen, die wir jedoch im Interesse des Friedens geglaubt haben machen zu sollen. Wir haben uns bereit erklärt, uns auf solche Verhandlungen mit dem Bundestage einzulassen, die auf dem in der Bekanntmachung vom 30. März aufgestellten Prinzip der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit Holsteins basirt sein sollten. Man hat so oft wiederholt, daß der Bundestag nichts lieber wünsche, als sich aus der allzu vorgerückten Stellung zurückzuziehen, in welche er zum Theil gegen seinen eigenen Willen gerathen ist. Wenn es sich so verhält und wenn es wirklich diese Verwicklungen vermeiden will, die unausweislich aus dem bisher betretenen Wege folgen werden, geben wir ihm noch einmal Gelegenheit, die Frage in einer friedlichen Weise zu lösen. Ja, was mehr ist, unser Vorschlag stimmt in jeder Weise mit der Phase, in welche die allgemeine deutsche Frage in Folge der neulich in Frankfurt abgehaltenen Fürstenversammlung getreten ist. Denn es ist augenscheinlich, daß der König nicht in Betreff Holsteins der neuen Ordnung der Dinge, die man in Deutschland einführen will, beitreten kann, bevor dieses Herzogthum nicht definitiv unter die Bedingungen, welche die Regierung des Königs ihm garantiren will, in der Monarchie gestellt ist. Dann, aber auch erst dann, kann der König sich den Bestrebungen seiner Bundesgenossen anschließen und die Bereitwilligkeit Sr. Majestät dies zu thun, hat einen neuen Ausdruck in dem Ihnen bereits bekannten Briefe gefunden, durch welchen er die Einladung des Kaisers von Oesterreich beantwortet hat. Sonach sollte jener Aeußerung von unserer Bereitwilligkeit, uns auf Verhandlungen mit dem Bundestage einzulassen, bei dieser Versammlung in allen Beziehungen eine gute Aufnahme gesichert sein. Es wird nicht lange währen, bis wir den Beschluß, zu welchem Deutschland gelangen wird, kennen lernen werden.

Ich bitte Sie, Herr —, unsere Erklärung offiziell dem Minister des auswärtigen mitzutheilen und sich ihm und Ihren Collegen gegenüber im Geiste dieser Depesche auszusprechen. E. Hall.

N u n d s h a u.

Berlin, 3. October.

Der Kriegsminister v. Roon verweilt heute auf Rügen, wo er das Terrain in Augenschein nimmt, das zur Anlage eines neuen Hafens ausersehen ist. In den ersten Tagen der nächsten Woche trifft Herr v. Roon von dort wieder hier ein.

Bezüglich des letzten Ministerial-Rescripts sagt die „Nordd. Allg. Ztg.“: „Eine Regierung, welche eben etwas mehr als ein System, welche die Autorität im Lande repräsentiren will, hat diese Autorität aufrecht zu erhalten. Sie hat daher in einem konstitutionellen Staate mit allen gesetzlichen Mitteln hierfür zu wirken, wenn nicht der Staat endlich der vollständigen Anarchie verfallen soll. Und gerade darin liegt die Unmöglichkeit der konstitutionellen Doctrin, daß dieselbe dem Individualismus keine Grenzen steckt, daß sie nicht mit der ganzen Macht ihrer Autorität auf das Volk wirkt, sondern vielmehr eine solche Einwirkung als „inkonstitutionell“ bezeichnet, was die nothwendige Folge hat, daß die Regierung stets in kürzester Zeit über den Haufen geworfen wird. In der gegenwärtigen Lage, in welcher sich Preußen befindet, handelt es sich in erster Linie gar nicht darum, ob conservativ, ob liberal regiert werde, sondern es handelt sich nur darum, daß überhaupt regiert werde. Als einen Anfang hierzu betrachten wir den Ministerialerlaß des Grafen Eulenburg, und wir haben die zuversichtliche Hoffnung, daß derselbe mit aller derjenigen Energie durchgeführt werden wird, die in dem Erlaß ausgesprochen ist, und welche Angesichts eines Beamtenhums nothwendig geworden ist, welches keinen Anstand nimmt, sich auf die Seite derjenigen Parteien zu stellen, welche nicht nur ein System, sondern den ganzen Staat mit dem Umsturz bedrohen.“

Am Mittwoch Abend hat der Baurath Diebitsch in Begleitung einiger 20 Bauhandwerker von hier eine Expedition nach Aegypten angetreten, woselbst er in Kairo für den verstorbenen Vicekönig ein Mausoleum errichten wird. Das beträchtliche Baumaterial, ca. 7000 Ctr. Eisen, ist theils von Borzig, theils von der gräflichen Maschinen-

werkstatt in Ilfenburg geliefert worden. Der Bau des Mausoleums soll in etwa 8 Monaten beendet sein.

London, 30. Sept. Prinz Napoleon ist mit zahlreichem Gefolge, „seinem ganzen demagogischen Hofstaat“, wie sich ein heftiges Blatt ausdrückt, hier angekommen und im Clarendon Hotel abgestiegen. Ueber sein Treiben erfährt man zunächst, daß er gestern das Hammam in Fernhe-Street besuchte und mit Suite ein türkisches Bad nahm. Es möge ihnen wohl bekommen. Daß er eine offizielle Mission habe, wird bekanntlich gezeugnet; auch hätte sein Vetter nicht leicht eine unpassendere Persönlichkeit finden können, um Lord Palmerston zu den imperialistischen Ansichten in der polnischen Frage zu bekehren. So viel aber ist gewiß, daß alle polnischen Flüchtlinge von irgend welcher Bedeutung, es giebt deren nicht mehr viele, bereits in Clarendon Hotel gewesen und empfangen worden sind. Frankreich will keine müßigen Demonstrationen mehr, d. h. es will seinen Rückzug mit affectirter Erbitterung über England maskiren. England hat allerdings keine Lust, die unter dem Mantel der Polensympathien betriebenen Absichten des zweiten Kaiserreichs zu befördern; aber es giebt die Hoffnung nicht auf, für Polen etwas zu thun. In der mehrfach erwähnten Rede, welche ein politisches Programm war, erklärte Lord Russell sehr deutlich, was demnächst geschehen werde, indem er sagte, daß Rußland seinen Rechtstitel auf Polen verwerft, weil es die Bedingungen, unter denen der Wiener Congreß ihm das Land anvertraute, gebrochen habe. Man hofft, daß diese Ansicht in Wien Anklang finden werde. Dann wird ein weiterer Schritt in der polnischen Frage geschehen, dem sich auch Frankreich anschließen dürfte, da er nur dazu dienen kann, die Frage brennender zu machen.

Die „Post“ droht dem deutschen Bunde, für den Fall einer Besetzung Holsteins durch deutsche Bundestruppen, mit einer Intervention Englands. Wenige Abende vor dem Schluß der letzten Parlamentsession — sagt sie — hatte Lord Palmerston Anlaß, über das mögliche Auftreten der englischen Regierung in jenem Falle zu sprechen. Wenn, bemerkte er, Dänemark angegriffen werden sollte, wird der Angreifer finden, daß er nicht mit Dänemark allein zu kämpfen hat. Viel falsche Vorstellungen hat in Deutschland vor Jahresfrist eine unglückselige Depesche Graf Russells hervorgerufen, allein über ihre Politik, die England befolgen würde, wenn man dem dänischen Souverain durch Confiscirung seiner Lande einen Zwang anthun wollte, kann es kein Mißverständnis geben. Alle Welt weiß, daß Holstein nur dem Namen nach das Gebiet wäre, gegen welches der Bund seine Feinseligkeiten richten würde. Holstein, welches keine Beschwerden hat, soll nur besetzt werden, damit man Schleswig leichter unter die Schraube bringen könne, oder in der Hoffnung, daß ein bewaffneter Widerstand gegen die Execution in dem ersteren Herzogthum einen Vorwand zur Besetzung des letzteren liefern werde. Aber wenn die deutschen Mächte solches im Schilde führen, können wir nur sagen, daß das Contingent Sachsens und Hannovers eine größere österreichische und preussische Reserve im Rücken nöthig haben wird, als der Bund ins Feld zu stellen vermögen wird. Englands Politik ist bekanntlich nicht kriegerisch. In der That sind wir eher gewillt, Opfer zu bringen, um nicht zu den Waffen greifen zu müssen. Allein trotz aller Friedfertigkeit könnten wir einen Versuch, Dänemark zu erdrücken, nicht mit Gleichgültigkeit ansehen. Abgesehen von den Banden alter Allianz und moderner Verbindungen, würde es Großbritannien seine Politik unmöglich machen, die Zerstückung der dänischen Monarchie als gleichgültiger Zuschauer anzusehen. Das europäische Gleichgewicht ist etwas mehr als eine leere Phrase, und der Bundestag würde wohl daran thun, bei seinen bevorstehenden Beratungen über die unglücklichen Folgen nachzudenken, die jeder Versuch, dasselbe zu stören, gehabt hat.

Die „Times“ benutzt die Nachricht von der Abberufung des Herrn Mason als bevollmächtigten Agenten der conföderirten Staaten, sich gegen eine Anerkennung des Südens im gegenwärtigen Augenblicke auszusprechen. Die „Times“ beruft sich bei dieser Gelegenheit auf eine im vorigen Jahre von Herrn Mason selbst gethane Aeußerung, daß eine Anerkennung der Conföderation abseiten Englands derselben lediglich deshalb und insoweit von Werth sei, als sie eine etwaige Intervention zu Gunsten des Südens in, wenn auch noch so entfernte, Aussicht stelle, eine solche aber liegt der „Times“ zufolge nicht im Interesse Englands, das im Gegentheil nach

wie vor eine strenge Beobachtung der Neutralität gebiete.

Carl Russell hielt am 28. September in Blairgowrie in Schottland, wo ihm zu Ehren ein Bankett gegeben wurde, eine längere Rede, die nicht bloß für die Ohren seiner Zeitgeber bestimmt war und in der er sich vorzugsweise über auswärtige Angelegenheiten aussprach. Vom Bürgerkrieg in Polen sprechend, sagte er: „Ich habe im Parlament gesagt und halte noch an der Meinung fest, daß weder die Verbindlichkeiten, die Ehre, noch die Interessen Englands von uns verlangen, für Polen einen Krieg zu führen (Cheers). Und ich denke es wäre unschicklich, gegen Rußland mit Worten loszuziehen, wenn wir nicht bereit sind seine Behauptungen mit Gewalt entgegenzutreten (hört! hört!) — obwohl ich jedoch mit Erstaunen gesehen habe, daß es am Schluß einer mehrmonatlichen Correspondenz einen solchen Weg einschlägt. Der Wiener Vertrag hat der Theilung Polens eine Art „rückblickender“ (retrospective, das heißt rückwirkender) Sanction verliehen. Die europäischen Mächte wurden, wie man in der Gerichtssprache sagt, Mitschuldige nach der That. (Hört! und theilweise Lachen.) Oesterreich und Preußen hielten die Bedingungen des Vertrages ein, Rußland hat dies nicht gethan. Eine große Unklugheit scheint es mir von Rußland, da es den großen Vortheil besaß — da Europa gleichsam den Verabreichungs- und Theilungsact verziehen hatte — die Bedingungen der Sanction zu verwerfen, sich, wie es jetzt thut, auf den ursprünglichen Rechtstitel der Theilung auf den Rechtstitel der Eroberung allein zu stützen. (Cheers.) Was für Folgen dieser Schritt haben kann, ist keine Frage auf die ich mich füglich einlassen könnte. Ich wollte nur das Factum bemerkt machen, daß die Bedingungen des Wiener Vertrages, durch welchen Rußland das Königreich Polen erhielt, nicht beobachtet worden sind, und daß ohne die Bedingungen des Besesses das Besitzrecht selbst kaum aufrecht erhalten werden kann. (Cheers.) Man hat von einer Intervention in Mexico gesprochen und gesagt, daß wir bis zu einem gewissen Grade an derselben Theil genommen hätten. Nun, das Wort Intervention wird leider sehr willkürlicher und verworrener Weise gebraucht, um sehr viele ganz verschiedene Proceduren zu bezeichnen. Eine gerechtfertigte und oft unumgängliche Intervention ist es, wenn eine Macht für die ihren Unterthanen zugefügten Unbilden Genugthuung einzutreiben hat. Eine andere Art von Intervention, gegen die ich oft protestirt habe, die selten gerechtfertigt werden kann und in ihren Folgen gewöhnlich ihr Verdammungsurtheil findet — ist die gewaltthätige Einmischung in die innern Angelegenheiten einer andern Nation, um ihr vorzuschreiben, welche Regierungsform und welche Herrscher sie haben soll. (Cheers.) Nun, Gentleman, an einer Intervention der ersteren Art haben wir gewiß theilgenommen, allein sobald eine der drei Mächte der Intervention den Character der zweiten Gattung gab, zogen wir uns von derselben zurück. Wenn nun das merikanische Volk diese Einmischung billigt, wenn es eine Monarchie gründen will, und alle Mexicaner derselben willig gehorchen, wenn dadurch Frieden und Ordnung in Mexico hergestellt wird — unter diesen Bedingungen, sage ich, mögen die Mexicaner ihre Regierung haben, und von ganzem Herzen wünsche ich ihnen Glück dazu. (Cheers.) Wenn dagegen die Mexicaner die Regierungsform vorziehen, unter der sie viele Jahre gelebt haben, dann, sage ich, haben wir kein Recht ihnen darin zu widersprechen; und wie ungeregt auch ihre Regierung gewesen sein mag, wie sehr das Land durch Räubereien und Gewaltthaten geschädigt wurde, dürfen wir sie doch nicht in der freien Wahl ihrer eigenen Regierungsform beschränken wollen. (Cheers.)

Nachrichten aus Posen und Polen.

Ueber die militärischen Operationen in Polen schreibt der „Russ. Jnb.“, daß dieselben, seit Ende August vollständig ihren Character verändert haben. Nachdem die Bandenführer sich überzeugt, daß ihre Banden beim Zusammentreffen mit unseren Truppen stets starke Niederlagen erleiden müssen, haben sie angefangen, kleine Trupps zu Operationen zu bilden, welche sie Parteigängerkrieg nennen, welche in Wahrheit nur ein systematisches Morden, Plündern und Rauben sind und nur die Aufregung im Lande nähren sollen. Sie vermeiden dabei natürlich jedes Zusammentreffen mit unseren Truppen. Das in Städten, Flecken, vorzugsweise aber in den Häusern der Gutbesitzer untergebrachte neue polnische Kriegsheer flieht beim Nahen unserer Truppen gewöhnlich in den nächsten Wald, oder die Leute geben sich, nachdem sie sich in Bauernkleider gesteckt, für das Gefinde des Gutsherrn aus. Raun aber haben sich die Truppen entfernt, so überlassen sich die Insurgenten mit ihrem gewöhnlichen Enthusiasmus dem Verabreichen der Posten und Eskadetten, der Plünderung, dem Morden und Ercessen aller Art. Die unmenschliche Ermordung der Frauen und Männer wiederholt sich fast täglich in der ganzen Ausdehnung des Königreichs. Behufs Vernichtung der Reste der früheren Banden und Ausrottung der neuen polnischen Parteigänger befinden sich unsere Truppen fast in beständiger Bewegung. Es ist Ende August und Anfang September zuweilen wohl zu einem Zusammentreffen mit den Truppen gekommen, aber einen hartnäckigen Widerstand haben die Banden nirgends geleistet; sie flohen stets nach den ersten gewechselten Schüssen. Die numerisch bedeutendste Bande, welche während dieser Zeit aufgefunden wurde, zählte 450 Mann und wurde von dem Lipnoschen Detachement

